

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sondersitzung des Hauptausschusses am
05.10.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:04 Uhr bis 15:12 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw
Frau Annemarie Kraft	Verw
Frau Claudia Schröder	Verw
Herr Thomas Willecke	Verw

i. V. für Herrn Krause; TN ab 14:18 Uhr
i. V. für Frau Ewert

Entschuldigt fehlen:

Herr Harald Bartl	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw

vertreten durch Herrn Dr. Eigenfeld
vertreten durch Herrn Dr. Brockmann

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die öffentliche Sondersitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest und befragte die Mitglieder des Hauptausschusses, ob sie die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschließen könnten. Es habe eine Einwendung von Frau Stadträtin Weiß, CDU-Fraktion, zu dieser Sondersitzung gegeben, die den Fraktionen zugegangen sei. Frau Weiß habe bemängelt, dass ihr die Einladung nicht fristgerecht – und zwar erst am Samstag, dem 22. September 2007 – zugestellt worden sei. Seitens der Verwaltung sei dies geprüft worden.

Der Fahrer des städtischen Fuhrparks habe aktenkundig bestätigt, dass er die Einladung am Freitag, 21. September 2007, in den Briefkasten von Frau Weiß zugestellt habe. Aus welchen Gründen sie diese erst am Samstag, 22. September 2007, erhalten habe, könne nicht geklärt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, die Sondersitzung in der vorgesehenen Form stattfinden zu lassen und betonte noch einmal, dass diese aufgrund der Dringlichkeit einberufen wurde. Die Reise nach China solle bereits am 17. Oktober 2007 beginnen.

Sie fragte nach Wortmeldungen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, inwieweit die Durchführung der Sitzung rechtlich möglich sei, wenn ein Mitglied widersprochen habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass dies rechtlich geprüft worden sei. Es bestehe die Möglichkeit, bei gegebener Dringlichkeit unter Abkürzung der vorgegebenen Frist die Einladung zu versenden. Sie sei der Ansicht, fristgerecht eingeladen zu haben. Wenn der Hauptausschuss sich für die Durchführung der Sitzung ausspreche, wäre dies wirksam.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Anfragen“.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte dem zu und bat um die weitere Ergänzung mit dem Punkt „Mitteilungen“.

Sie bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Vorlagen
- 3.1. Teilnahme von drei Stadträten/Stadträtinnen und der Oberbürgermeisterin an der offiziellen Delegation der Stadt Halle (Saale) in die Stadt Jiaxing, Volksrepublik China in der Zeit vom 17. - 23. Oktober 2007
Vorlage: IV/2007/06735
4. Anfragen
5. Mitteilungen

zu 3 Vorlagen

zu 3.1 Teilnahme von drei Stadträten/Stadträtinnen und der Oberbürgermeisterin an der offiziellen Delegation der Stadt Halle (Saale) in die Stadt Jiaxing, Volksrepublik China in der Zeit vom 17. - 23. Oktober 2007 Vorlage: IV/2007/06735

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass es im Oktober 2006 einen Besuch einer chinesischen Delegation aus der Stadt Jiaxing gegeben habe. Dieser Besuch sei über Wirtschaftskontakte zustande gekommen. Dort sei eine Absichtserklärung zur Herstellung einer Städtefreundschaft unterschrieben worden. Ehe man dem Stadtrat einen Beschluss für eine Städtefreundschaft bzw. –partnerschaft vorlege, sei es üblich, im Vorfeld nähere Kontakte zueinander zu haben. Sie verwies beispielhaft auf die Städtepartnerschaft mit Ufa.

Insofern sei es üblich, einen Gegenbesuch stattfinden zu lassen. Dieser sei erneut durch die Wirtschaft angeregt worden. Frau Oberbürgermeisterin habe sich bereit erklärt, an dieser Delegation teilzunehmen. Vertreter der Stadt Jiaxing seien im Juni/Juli dieses Jahres noch einmal hier gewesen. Hierbei ging es hauptsächlich um Möglichkeiten der Unterstützung von deutschen Unternehmen bei Ver- und Entsorgungsfragen. Ebenso sei der ausdrückliche Wunsch geäußert worden, dass weitere städtische Vertreter mitreisen. Im Hinblick auf den Ausbau einer Städtefreundschaft habe Jiaxing großes Interesse daran gehabt, dass Vertreter von Kultur- und ähnlichen Einrichtungen anwesend seien, damit eine solche Freundschaft nicht nur über die Wirtschaft laufe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados führte weiter aus, dass sie es für sinnvoll gehalten habe, den Vorsitzenden des Stadtrates an dieser Reise teilnehmen zu lassen. Sie habe sich diesbezüglich mit Herrn Bartl, CDU-Fraktion, in Verbindung gesetzt, welcher allerdings eine Teilnahme aus zeitlichen Gründen absagen musste. Sie sei daraufhin an Herrn Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, herangetreten, welcher hierfür seine Zustimmung signalisiert habe.

Auf die Nachfrage von **Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, weshalb nicht Herr Dr. Brockmann als erster stellvertretender Vorsitzender für Herrn Bartl an dieser Reise teilnehme, antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass dieser auf Anfrage mitgeteilt habe, dass er es nicht einrichten könne.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., würde als stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses mitreisen. Die chinesische Seite habe hierauf großen Wert gelegt, besonders im Hinblick auf einen späteren Kulturaustausch.

Herr Professor Ehrler, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, als Vorsitzender des Kulturausschusses habe die Reise aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten wollen.

Da es sich bei dem Besuch der Stadt Jiaxing auch um eine Wirtschaftsdelegation handele, mache es natürlich Sinn, den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftsförderung mit einzubeziehen. Aus diesem Grund habe sie sich an Herrn El-Khalil, CDU-Fraktion, gewandt.

So seien die drei Benennungen zustande gekommen.

Die Vorbereitungen seien in der Sommerpause gelaufen unter Einbeziehung der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft. Man habe sich um die Visa bemühen müssen und auch um Flugtickets, die sich in einem preislich günstigen Rahmen bewegen sollten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sei der Annahme gewesen, dass dieses Vorhaben wohlwollend aufgenommen würde. Leider habe es eine Fristverzögerung gegeben, so dass die Vorlage als Dringlichkeitsentscheidung in den Stadtrat eingebracht werden sollte. Die Dringlichkeit sei nicht bestätigt worden, daher wurde diese Vorlage nicht im Stadtrat behandelt. Die Sache an sich könne eine Zustimmung durch den Hauptausschuss bekommen. Deshalb hielte sie es für ihre Pflicht, nunmehr dem Hauptausschuss – welcher laut Hauptsatzung der zuständige Ausschuss sei – diese Vorlage fristgerecht vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Im Anschluss an die Reise würde man berichten und einen Vorschlag unterbreiten, ob eine Städtepartnerschaft eingegangen werden sollte. Dies würde dann eine gesonderte Entscheidung sein. Die Reise würde der Meinungsbildung und Vorbereitung dienen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob eine solche Reise durch einen Stadtratsbeschluss abgedeckt sei. Sie habe dies aus der Entschädigungssatzung und auch aus der Hauptsatzung nicht herauslesen können. Weiterhin bat sie um Information, wie viel Geld im Vorfeld bereits ausgegeben worden sei und was die Reise insgesamt an Kosten verursache.

Zudem sei sie der Ansicht – zusätzlich zu den bereits gemachten Ausführungen ihres Fraktionskollegen –, dass es in Zeiten der Haushaltskonsolidierung kein gutes Zeichen sei, als Stadtratsdelegation nach China zu reisen. Die Unternehmen seien frei in ihrer Entscheidung, dies sei ihnen unbenommen.

Frau Wolff erinnerte an den 3. Oktober und ihre Aktivitäten in Aktionsgruppen und führte aus, dass es ein schlechtes Zeichen sei, wenn man in ein Land reise, von dem wöchentlich im „Weltspiegel“ Berichte erscheinen, die die dortigen Menschenrechtsverletzungen zum Thema haben. Diese Verletzungen beträfen z. B. Bauern, denen ihr Land weggenommen wurde. Dies sei die Demonstration der Akzeptanz dieser Zustände oder könne Frau Oberbürgermeisterin Szabados ihr aufzeigen, dass es Treffen mit dortigen Menschenrechtlern geben würde?

Weiterhin sei es für sie verwunderlich, dass man ausgerechnet eine Partnerschaft mit China anstrebe. Sie denke, dass Vietnam für Halle näher sei. Es gebe viele vietnamesische Halblenser und die Kontakte nach Vietnam seien ihrer Ansicht nach größer als nach Jiaxing.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte dar, dass man nicht händeringend nach einer Partnerstadt gesucht habe. Die Stadt Jiaxing sei über die bereits bestehenden Wirtschaftskontakte auf die Stadt Halle zugekommen. Dann habe es die unterzeichnete Erklärung gegeben, dies auszubauen. Wenn sich durch Beziehungen von Städten untereinander auch wirtschaftliche Kontakte darstellen und verbessern lassen, habe man dies immer bevorzugt.

Bereits im Vorfeld zu sagen, sich mit bestimmten Bürgerrechtlern zu treffen, wäre falsch. Aber **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** könne garantieren, dass sie und auch sicherlich die anderen Delegationsteilnehmer mit „offenen Augen“ diese Reise beobachten. Gerade aus diesem Grunde sei es für sie wichtig, dass nicht nur Vertreter der Wirtschaft mitreisen, da bei den Stadträten sicher ein anderer Ansatz bestehe, solche Menschenrechtsverletzungen wahrzunehmen und zu beurteilen.

Die Wirtschaft habe diese Reise angeschoben und sie wolle dem nicht „die kalten Schulter zeigen“. Dies war der Ansatz gemeinsam mit der unterschriebenen Absichtserklärung. Mit einer Absage in diesem Falle, wo China eine ausdrückliche Einladung ausgesprochen habe, würde man den Wirtschaftsunternehmen einen „Bärendienst“ erweisen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados könne noch nicht sagen, mit welchen Gruppen man in Kontakt käme. Sie betonte nochmals, dass sie sich bemühen werde, in dieser Richtung nachzufragen – mit all der notwendigen Zurückhaltung, die aufgebracht werden müsse.

Hinsichtlich der Formalien würde nun Frau Schröder etwas mitteilen.

Frau Schröder, Referentin für Grundsatzangelegenheiten, bezog sich auf die vom Stadtrat beschlossene Entschädigungsordnung. Dort sei in § 7 Abs. 1 geregelt, dass der Hauptausschuss zuständig sei.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, ob das Votum des Hauptausschusses ausreichend sei, wenn eigentlich ein Votum des Stadtrats notwendig sei.

Hierzu antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Zuständigkeit definitiv beim Hauptausschuss liege. Man habe die Vorlage nur in den Stadtrat einbringen wollen, da die Frist zur Einbringung in den Hauptausschuss zum damaligen Zeitpunkt verstrichen war. Dort sei die Vorlage als Dringlichkeit nicht auf die Tagesordnung gekommen, so dass eine inhaltliche Diskussion nicht möglich war. Daher sei zu dieser Sondersitzung eingeladen worden.

Hinsichtlich der Kosten für die Flüge informierte **Frau Schröder**, dass die Preise für Hin- und Rückflug bei ca. 1.100 Euro pro Kopf lägen. Die Stornierungskosten würden ca. 300 Euro betragen.

Auf weitere Nachfragen von **Frau Wolff** erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass noch Kosten für das Hotel anfallen – pro Stadtrat würden ca. 2.000 Euro Kosten in der Summe verursacht.

Herr Koehn, SPD-Fraktion, äußerte, dass er die Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen in China nachvollziehen könne. Er wandte sich an Frau Wolff mit dem Hinweis, dass es in vielen Ländern Menschenrechtsverletzungen mit unterschiedlichen Ausmaßen gäbe. Hierbei handele es sich auch um Länder, mit denen man beste Beziehungen pflege.

Herr Koehn teilte mit, dass er am Vormittag an einer Veranstaltung der Akademie der LEOPOLDINA teilgenommen habe. Dort wurde u. a. ein Projekt der hiesigen Akademie mit der Akademie in Peking vorgestellt. Dies sei ein großer Erfolg gewesen. Er sei der Ansicht, dass, wenn die LEOPOLDINA solche Konferenzen mit China abhalte, es keinen guten Eindruck hinterlassen würde, wenn der Stadtrat einen Rückzieher mache. Er bat, diese Reise auch unter dem Gesichtspunkt der komplementären Verzahnung zwischen Deutschland, Europa und China zu sehen – mit allen positiven Entwicklungen, die man hoffentlich im Kleinen anschieben könne.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, welche Vorstellungen es hinsichtlich der inhaltlichen Aspekte der Reise gebe, so dass man auch die Verantwortung der Stadträte noch einmal darstellen könne. Welche Kontakte seien bereits geplant?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass es Kontakte zur Stadtspitze geben werde. Es seien Besuche von Wirtschaftsunternehmen vorgesehen. Vor allen Dingen sei geplant abzu prüfen, welche Austausch es geben könne – insbesondere im kulturellen Bereich. Vor Ort müsse man sehen, was man sich zukünftig vorstellen könne.

Weiterhin habe die chinesische Seite Interesse, auf sportlichem Gebiet in einen Austausch zu kommen. Auch werde man einen Technologiepark besichtigen. Probleme habe China im Umweltbereich, so dass man die Stadt Halle um Unterstützung gebeten habe. Sie bezog sich auf den Ausspruch „Global denken – lokal handeln“. Dies sei natürlich nur möglich, wenn man auch global Bescheid wisse.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, erläuterte, dass er beauftragt sei, namens seiner Fraktion diese Reise abzulehnen. Er ging nochmals darauf ein, dass die Dringlichkeit im Stadtrat abgelehnt worden sei. Dies sei sicher im vollen Bewusstsein der Konsequenz, die dort dahinter stehe, geschehen. Er sei der Ansicht, dass hier ein Votum des Stadtrates unterlaufen werde. Offensichtlich liefen die Planungen für die Reise bereits seit Anfang/Mitte dieses Jahres und jetzt müsse unter Zeitdruck entschieden werden. Dies stoße auf Unverständnis.

Er halte es für vermessen, so **Herr Dr. Wöllenweber** weiter, sich als Stadt mit einer 3,5-Millionen-Metropole einzulassen. Der Staat China sei in seinen Augen kein demokratischer Staat – in keinem Land würden so viele Todesurteile vollstreckt wie in China. Er ging auf die Ausführungen von Herrn Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, im Stadtrat ein, dass dort eine vielfältige Menschenrechtsverletzung herrsche. Dies habe die Fraktion bewogen, die Kräfte eher für Partnerstädte im europäischen Umfeld zu bündeln. Hier sei noch viel möglich. Er denke nicht, dass man es sich jetzt antun solle, sich auf China einzulassen. Er werde ein Negativ-Votum abgeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte noch einmal, dass nicht die Stadt Halle auf die Stadt Jiaying zugegangen sei – sondern Jiaying habe sich an Halle gewandt. Bezüglich der Planungen erläuterte sie, dass im letzten Herbst jene Vereinbarung unterschrieben worden sei. Der Reisetrip sei während der Sommerpause ins Auge gefasst worden. Daher gab es keine andere Zeit, als dies jetzt im September in den Rat einzubringen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verdeutlichte erneut, dass die Dringlichkeit gescheitert sei. So halte sie es für ihre Pflicht, den zuständigen Ausschuss fristgerecht damit zu befassen, um nicht im Nachhinein den Vorwurf rechtfertigen zu müssen, man habe nur die Dringlichkeit abgelehnt, aber nicht die Sache selbst.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, führte aus, dass die wirtschaftliche Seite hier frei sei. Sobald aber die jetzt vorgeschlagene Delegation – und sei es nur mit Frau Oberbürgermeisterin Szabados – fahren würde, bekäme diese Reise einen politischen Anstrich. Dies sehe er als Problem.

Darauf eingehend hob **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** das Interesse der Wirtschaft, hier die Kommunalpolitik einzubeziehen, hervor.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, weshalb der Stadtrat mit der Angelegenheit nicht längst einmal befasst worden sei. Immerhin liege diese Absichtserklärung schon länger zurück. So hätte man bereits ein grundsätzliches Votum abgeben können. Persönlich halte er nichts von einer solchen Partnerschaft.

Weiterhin bat **Herr Bönisch** um Information, wann die Flüge gebucht worden seien und weshalb die Dringlichkeitsvorlage nicht bereits im Hauptausschuss September eingebracht wurde. Sollte das Votum negativ ausfallen: Wer trägt dann die Kosten?

Hierauf antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass man zunächst die Angelegenheit irrtümlich für nur mitteilungspflichtig gehalten habe. Da diese Mitteilung im Hauptausschuss nicht ausreichend war, wurde die Vorlage als Dringlichkeitsvorlage dem Stadtrat vorgelegt.

Zur Frage, aus welchem Grund der Stadtrat nicht früher schon einmal befasst wurde, könne sie keine Auskunft geben. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ging davon aus, dass zumindest bekannt war, dass es diese Absichtserklärung gebe und darauf habe sie sich gestützt. Jetzt gehe es darum zu prüfen, ob dies für die Stadt Halle infrage käme. Nicht zwangsläufig müsse hier eine Städtepartnerschaft zustande kommen – es könne auch ganz das Gegenteil eintreten.

Im Hinblick auf die Buchung gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Information, dass dies ungefähr Ende August erfolgt sei. Dies wäre auch der letzte Termin gewesen, um günstige Flüge zu erhalten. Unter diesem Gesichtspunkt erschien es ihr vernünftig, vorab die Buchung zu genehmigen. Mit solchen Problemen in der Diskussion habe sie nicht gerechnet, zumal die bekannte Absichtserklärung vorliege.

Herr Bönisch fragte weiter, weshalb die Vertreter der Wirtschaft sowie deren Interessen nicht in der Begründung aufgeführt seien. Seien auch andere Wirtschaftler angesprochen worden? Wer nehme an dieser Reise teil?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die Hauptausschusssitzung im September. Dort habe sie die Namen bekannt gegeben und auch im Ausschuss für Wirtschaftsförderung habe man die Angelegenheit beraten. Unterschiedliche Unternehmen seien angesprochen worden. Die chinesische Seite habe geäußert, welche Unternehmen zusätzlich zu den bereits bestehenden Kontakten – in diesem Fall speziell Ver- und Entsorgungsunternehmen – wünschenswert seien. Da die Ver- und Entsorgungsunternehmen auch Reisen zu anderen Städten in China vorhätten, sei dies miteinander verbunden worden.

Herr Bönisch bemängelte, dass diese Informationen nicht in der Vorlage aufgeführt seien.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies darauf, dass dort nur die Hauptansatzpunkte genannt seien. Die Teilnahme der Wirtschaft laufe über den Fachbereich Wirtschaftsförderung.

Außerdem fragte **Herr Bönisch**, wer die Dienstreiseanträge unterzeichnet habe. Auf die Mitteilung, dass eine Unterzeichnung noch nicht erfolgt sei, war für **Herrn Bönisch** die Frage, ob man ohne Dienstreiseantrag ein Flugticket kaufen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass man Flugtickets zu einer bestimmten Zeit buchen müsse. Es sei ihre Entscheidung gewesen – auf der Grundlage der Absichtserklärung – diese günstigen Tickets zu kaufen. Sie erinnerte an ein Gespräch mit Herrn Bönisch und Herrn El-Khalil zu diesem Thema. Dort hätte es keine Anzeichen gegeben, dass man dies so nicht mittrage.

Darauf entgegnete **Herr Bönisch**, dass man während dieses Gesprächs nach der China-Reise – von der man über Herrn Bartl erfahren habe – gefragt habe. Daraus resultierend kam die Information der Oberbürgermeisterin. Dass man keine sofortige Stellungnahme abgegeben habe, könne sie wohl verstehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ging erneut darauf ein, dass auch von Herrn El-Khalil keine Ablehnung signalisiert wurde und sie aufgrund der Absichtserklärung davon ausgegangen sei, dass dies getragen werde.

Es entstand eine kurze Diskussion darüber, ob allen Stadträten diese Absichtserklärung bekannt sei bzw. ob der Stadtrat sich mit der Reise hätte einverstanden erklären sollen.

Herr Dr. Eigenfeld, SPD-Fraktion, hob die Wichtigkeit des Anliegens hervor. Er habe bedauert, dass dies nicht im Stadtrat diskutiert werden konnte. China sei ein Land, das demokratische Rechte nicht ausreichend gewähre. Ebenso sei der wirtschaftliche Zustand bekannt. Die Aspekte einer solchen Reise seien durchaus wirtschaftlicher, politischer und auch finanzieller Natur. Sicher seien auch Formalien zu diskutieren – für ihn seien diese jedoch nicht entscheidend. Er beziehe sich auf die wirtschaftlichen und politischen Aspekte, die für ihn entscheidend seien. Niemand wisse, wie die Reise ablaufen werden und welche Ergebnisse sie bringen wird. Grundsätzlich jedoch habe sie große Bedeutung.

Herr Dr. Eigenfeld verglich dies mit der DDR-Zeit. Er erinnerte, welche Bedeutung damals die Kontakte von außen hatten - beispielsweise die Karlsruher Partnerschaft. Natürlich könne man mit solchen Kontakten nicht ein ganzes Land ändern. Aber sie seien unbedingt notwendig, um die Veränderungen in Gang zu bringen – vor allem in der Provinz. Bezug nehmend auf die damalige Zeit erinnerte er, wie viele Kilometer man zurückgelegt habe, um Leute aus anderen Ländern zu treffen, die auch dort eben nicht in die Provinz kamen. Er sehe einen großen Fehler darin, diese Länder allein zu lassen. Als Beispiel führte er Albanien an, in dem grausige Zustände herrschen, die eben auch auf 30 Jahre des Abgeschottetseins zurückzuführen seien. Es sei dringend geboten, solche Kontakte anzubahnen und auszubauen. Für ihn seien die Formalien – insbesondere ein paar Tausend Euro – nicht bedeutend.

Zwischen **Herrn Dr. Eigenfeld** und **Frau Wolff** entwickelte sich eine kurze Diskussion über die Bedeutung von Kontakten zur damaligen Zeit.

Frau Ilse, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, unterstützte die Worte von Herrn Dr. Eigenfeld. Die Einhaltung der Formalien sei eine Sache – die Verwaltung habe hier auch ihre Fehler eingeräumt. Sie bezog sich ebenso auf die von Herrn Dr. Eigenfeld beschriebenen Kontakte zur damaligen Zeit. Sie wandte sich an **Frau Wolff** mit der Aussage, dass man nicht Kontakte grundsätzlich unterlassen sollte, weil es sich hier um ein undemokratisches Land handele. In solchen Momenten gehe es nur über die Officialität. Sie sehe hier auch die Chance der Solidarität untereinander.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., erinnerte an ein Erlebnis in der DDR – einen Auftritt der Gruppe „BAP“, der wenige Stunden vor Konzertbeginn abgesagt wurde. Diese Absage eines offiziellen Gastes der DDR habe bei der Bevölkerung so viel Resonanz gehabt. Zurück zur Thematik erläuterte er ebenso, dass nicht zwangsläufig eine Städtepartnerschaft erfolgen müsse. Ein solcher Austausch sei unheimlich notwendig. Er sei dafür, diese Chance zu nutzen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, konnte sich dem nicht anschließen, dass die Gruppe „Frauen für den Frieden“ oder „Aktion Sühnzeichen“ zur damaligen Zeit Besuch von offiziellen Delegationen erhalten habe. Über diese Aussage sei sie verwundert. Sie bezog sich auf die Schilderungen von Herrn Prof. Schuh über dessen Reise nach Tibet. Solche Delegationen würden bewacht und man könne sich aus einem solchen Sicherheitssystem nicht herausfiltern. Sie habe nie behauptet, dass der Kontakt nicht wichtig sei. Aber sie denke, dass man nicht eine Frauengruppe, Umweltgruppe oder Menschenrechtsgruppe dort vor Ort treffen werde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., äußerte sich nochmals hinsichtlich der Einhaltung der Formalitäten. Auch wenn diese nicht entscheidend für die Frage des heutigen Themas sind, halte er diese dennoch für wichtig. Der Stadtrat wurde zum damaligen Zeitpunkt außen vor gelassen. Es sei damals eine Willensbekundung für eine Städtepartnerschaft unterzeichnet worden, ohne den politischen Souverän davon in Kenntnis zu setzen. Niemandem sei die Existenz eines solchen Papiers bekannt gewesen. Dass man dann auf der Grundlage des damals zustande gekommenen Papiers eine Vorlage erstelle und denke, dies anstandslos „über die Bühne zu bringen“, fände er sehr befremdlich. Aus diesem Grund halte er eine grundsätzliche Diskussion hierüber für wichtig. Wenn der Stadtrat eine grundsätzliche Ablehnung gebe, brauche man eine solche Reise nicht durchzuführen.

Herr Dr. Meerheim erläuterte seinen Standpunkt, dass natürlich Wirtschaft und Politik nicht ohne Weiteres zu trennen seien. Auch die Wirtschaft repräsentiere das Land. Es könne nicht gesagt werden, dass die Menschenrechte von der Wirtschaft nicht beachtet würden. Gerade im Hinblick auf die vollzogenen Todesurteile führte er als Beispiel die USA an. Er bat Frau Szabados, ihm die Teilnehmer der Wirtschaftsdelegation zu benennen, da er an der letzten Hauptausschusssitzung nicht teilgenommen habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, die Namen im nicht öffentlichen Teil zu nennen, da es sich hierbei um eine eigenständige Wirtschaftsdelegation handele. Die Unternehmen zahlen diese Reise selbst und sie habe nicht die Freigabe, die Namen öffentlich zu nennen.

Dies konnte **Herr Bönisch** nicht nachvollziehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass hier Belange Dritter berührt würden. Im nicht öffentlichen Teil könne sie die Namen benennen.

Herr Dr. Meerheim konnte sich den Worten der Oberbürgermeisterin nicht anschließen und verwies erneut auf seine Ausführungen, dass man Wirtschaft und Politik nicht einfach trennen könne. Wünsche die Politik dies nicht, könne man den städtischen Unternehmen eine solche Reise untersagen.

Darauf entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass diese Unternehmen nicht nur Jiaying, sondern auch andere Städte bereisen würden. Diese Reise geschehe auf einer anderen Ebene. Sie könne Herrn Dr. Meerheim die Namen auch überreichen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, ob man noch weitere Partnerschaften vorbereite.

Dies wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verneint. Der Stadtrat habe einen Bericht zu Städtepartnerschaften erhalten. Man habe wohl ihrer Kenntnis nach auch noch eine Partnerschaft zu Chennai – ehemals Madras. Diese existiere noch aus Zeiten der DDR und wurde nicht wieder aktiviert. Man wolle prüfen, ob hier wieder eine Aktivierung erfolgen solle - insbesondere in Verbindung mit der Universität. Weitere Vorhaben seien ihr nicht bekannt. Sie wisse, dass über die Stadtwerke gute Kontakte zu Lüderitz in Namibia liefen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., teilte die Bedenken von Herrn Dr. Meerheim hinsichtlich der Formalien. Dies sei etwas suboptimal abgelaufen und sicherlich haben beide Seiten etwas gelernt. Ihn bewege die Anmerkung, dass die Wirtschaft autonom handeln könne und dass Firmen von diesem Unrechtssystem teilweise auch profitieren. Dies halte er für schwierig und daher halte er es für umso wichtiger, dies auch politisch zu begleiten. Man solle politischen und kulturellen Austausch betreiben und auch weitere Anbahnungen mit Städten in China verfolgen. Es sei sicher illusorisch, zu denken, dort sofort auch in voriger Diskussion genannte Gruppen zu treffen. Wenn aber erst einmal Partnerschaften in Gang kämen, Schüleraustausche oder Austausch kultureller Natur bestünden – dann gäbe es ganz andere

Möglichkeiten, einen solchen Austausch dahin zu führen, voneinander zu lernen und sich in einem anderen als dem politischen Raum zu begegnen. Wenn dieses Ziel irgendwann einmal in Sichtweite gerate, dann sei es vernünftig, jetzt anzubahnen.

Herr Lange wolle die Wirtschaft dort nicht allein agieren lassen. Es sei wichtig, dass die politischen Akteure mit Einfluss nehmen. Aus diesem Grund werde er dem zustimmen. Gleichzeitig bat **Herr Lange** darum, sich in Richtung Abschluss der Diskussion zu bewegen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
8 JA-Stimmen
2 NEIN-Stimmen
1 Enthaltung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados dankte für die Zustimmung, betonte aber in aller Deutlichkeit, dass ihr diese Diskussion noch einmal wichtig gewesen sei. Es habe gezeigt, welche unterschiedlichen Sichtweisen es gebe. Für sie habe sich gezeigt, dass man solche Diskussionen im Vorfeld führen sollte, um ein fundierteres Ergebnis zu erhalten. Sie hob noch einmal hervor, dass es definitiv nicht ihre Absicht war, etwas durchzudrücken, sondern es sollte ein Beschluss zur Sache und nicht nur zur Dringlichkeit gefasst werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados werde den betreffenden Stadträten eine Mitteilung geben. Diese haben bereits angezeigt, bei einem positiven Votum des Hauptausschusses diese Reise antreten zu wollen.

Beschluss:

- 1. Der Hauptausschuss beschließt, dass drei Stadträte/Stadträtinnen neben der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) an der offiziellen Delegation in die Stadt Jiaxing, Volksrepublik China, teilnehmen.**
- 2. Der Hauptausschuss beschließt, dass nach § 7 entsprechend der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) übernommen werden.**

zu 4 Anfragen

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass ihm von Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, das Problem angedeutet worden sei, dass zur nächsten Ratssitzung niemand der drei Vorsitzenden anwesend sei, um die Sitzung zu leiten. Herr Bartl selbst könne nicht anwesend sein; Herr Dr. Brockmann sei angeblich ebenfalls nicht da. Herr Weiland befinde sich in China und würde erst am Abend vor der Stadtratssitzung wieder in Halle eintreffen.

Man solle nicht vergessen, die Sitzungsleitung vorzubereiten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte hierauf, dass in ihrem Büro von Herrn Bartl die Zusage vorliege, dass – wenn kein anderer da wäre – er die Sitzung leiten würde. Sie wolle sich noch einmal mit ihm abstimmen.

Herr Dr. Brockmann, SPD-Fraktion, habe eine Reise gebucht. Es sei ihm allerdings auch nicht rechtzeitig bekannt gewesen, dass der Ratsvorsitzende nicht anwesend wäre.

Herr Bönisch schlug vor, dass, wenn niemand zur Verfügung stünde, Frau Oberbürgermeisterin Szabados die Sitzungsleitung übernehmen solle.

Hierzu sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung zu, wie zu verfahren sei, wenn sämtliche Vorsitzenden ausfallen würden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Vorlage „Konzept zum Abbau des Altdefizites“ und auf die Aussprache mit der BeteiligungsManagementAnstalt. Speziell fragte er zum Psychiatrischen Krankenhaus. Sei die Veräußerungsaktivität schon in Gang gesetzt?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass es ein Gutachten gegeben habe. Man wolle die Ratssitzung im Oktober abwarten. Das Anforderungsprofil würde noch einmal aufgeführt; dies sei ihr wichtig gewesen.

Herr Bönisch fragte weiter nach, ob es hierzu noch mehr Zahlen gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass die vorgelegten Zahlen von der Umfänglichkeit her eine Grundlage sein sollten, um eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Dies stelle einen Rahmen dar – zu den einzelnen Punkten würde es gesonderte Beschlüsse geben. Auf Fragen würde man noch Zahlen zur Verfügung stellen. Man wolle „PWC“ noch einmal prüfen lassen. Diese sollten auch für Anfragen zur Verfügung stehen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 5 **Mitteilungen**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass auf der Tagesordnung der kommenden Ratssitzung die Wahlbekanntmachung für die Wahl des Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit stehe. Sie habe einen Vorschlag für die Formulierung der Ausschreibung. Der Ausschreibungstext würde nicht mit beschlossen – aber sie wolle den Fraktionen den Text zur Kenntnis geben. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, ihr eventuelle Hinweise bis zum 18. Oktober 2007 zu geben. Jede Fraktion habe den Text erhalten.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die öffentliche Sondersitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

A. Kraft
Protokollführerin